



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2023

Gemeinsam geht mehr ... Streiktag von EVG + ver.di am 27. März

Zum Tarfkampf im öffentlichen Dienst siehe auch Seite 8f, (Foto: -ena)



Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:

Freitag, 28.04.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:

stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

BMV am 6. April	S. 2
Antrag/Friedensfest	S. 3
Kampf um Aufklärung	S. 4
Stellungnahme zum Ostermarsch	S. 6
Gemeinsam geht mehr Streiks im öD	S. 8
Newroz Empfang im Rathaus	S. 10
St. Georg: Stadtteilbeirat muss bleiben	S. 11
HmbWoFG richtig anwenden	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13
Anhang: Aufruf zum Ostermarsch der Volksini gegen Rüstungsexporte	

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung am 06. April 2023

von 18:30 bis 22:00 Uhr in der Kaffeewelt,
Böckmannstraße 3 (St. Georg), großer Saal

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

hiermit lädt Euch der Bezirksvorstand herzlich zur
Bezirksmitgliederversammlung am Donnerstag,
den **06. April 2023, von 18:30 bis 22:00 Uhr** ein.
Sie findet im großen Saal der Kaffeewelt, Böck-
mannstraße 3-4, 20099 Hamburg, statt. Räume
und WC sind leider nicht barrierefrei zugänglich.
Es werden aber genug Menschen anwesend
sein, die bei Bedarf helfen können.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Konstituierung
- 2. Diskussion 18:45 Uhr
*Wie müssen wir DIE LINKE weiterentwickeln,
um wirksam für Frieden zu werden?*
Referent:innen: Norbert Hackbusch, Andreas
Grünwald, Gunhild Berdal
- Pause 20:15 Uhr
- Fortsetzung der Diskussion und Konsequenzen 20:30 Uhr
- 3. Verschiedenes 21:30 Uhr
- Ende - 22:00 Uhr

Wir freuen uns, dass wir sehr unterschiedliche
Akteur:innen aus unserer Partei mit ver-
schiedentlichen Auffassungen zur Lösung des
Konflikts in der Ukraine an einen Tisch bringen.
Denn DIE LINKE wird gebraucht, als Taktgeberin
für Frieden und ein menschenwürdiges Leben für
alle und allerorten. Einig sind sich auf diesem
Podium alle: Die LINKE muss verstärkt für Ver-
handlungen eintreten und sich dafür einsetzen,
dass die Spirale der Eskalation verlassen wird.
Norbert Hackbusch verließ einst die Grünen u.a.
wegen deren Beteiligung am Jugoslawien-Krieg
und vertritt DIE LINKE seit ihrem Einzug in der
Hamburgischen Bürgerschaft. Er bemängelt bei
manchen Friedensaktivitäten das Fehlen der For-
derung nach dem Ende der Kampfhandlungen
seitens der russischen Truppen und deren Rück-
zug aus der Ukraine, so z.B. im diesjährigen Auf-
ruf zum Ostermarsch des Hamburger Forums für

Frieden und Völkerverständigung. Er ist besorgt
über den wachsenden Nationalismus in Russ-
land, der Ukraine und insgesamt in Europa. **An-
dreas Grünwald** arbeitet seit vielen Jahren mit
im Hamburger Forum, war Mitglied der DKP und
engagierter Funktionär der Grünen sowie der
PDS. Vor 5 Jahren ist er in DIE LINKE eingetre-
ten. Er vertritt einen antiimperialistischen Kurs
und legt den Fokus darauf, über die Kriegsursa-
chen in den westlichen Staaten und deren Militär-
bündnis NATO aufzuklären. Bei aktuellen Frie-
densaktivitäten der Landespartei kritisiert er das
Fehlen der Forderung nach einer Beendigung der
Waffenlieferungen an die Ukraine. **Gunhild
Berdal** engagiert sich lokal und bundesweit in der
Friedensbewegung. Als Mitglied der PDS war sie
beim Friedensparteitag in Münster im Jahr 2000
aktiv dabei und bei der Gründung der LINKEN.
Sie betont, dass Frieden mehr ist als die Abwe-
senheit von Krieg, denn die Kräfte für eine rein
zivile Welt einzufordern und wirklich einsetzen zu
wollen erfordert Mut, sich mit dem Militärisch-
Industriellen und -Ideologischen Komplex anzule-
gen. Sie pocht auf die Verantwortung der LINKEN
und der Friedensbewegung dafür zu wirken, dass
die Bevölkerungen überall auf dem Globus zu-
sammenarbeiten und eine friedliche, auf sozialer
Gerechtigkeit und Klimaschutz fußende Weltord-
nung schaffen, wie sie die UN-Charta als Folge
von Faschismus und Zweitem Weltkrieg vorsieht.

Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir errei-
chen, dass die Logik des Militärischen verlassen
wird - wie eine Friedensordnung aussehen könnte
(Stichwort „europäische Sicherheitsordnung unter
Einschluss Russlands“ und eine mindestens key-
nesianische Wende in Europa) und wie sie reali-
siert werden kann. Außerdem ist zu klären, wer
das Subjekt einer solchen Veränderung sein soll
bzw. welche Bündnisse dafür erforderlich sind
(Stichwort: Abgrenzung nach rechts, Regierungs-
beteiligung und die Dritte Position).

Wir freuen uns auf eine produktive BMV!

Mit sozialistischen Grüßen i.A. des Der Bezirks-
vorstands DIE LINKE Hamburg-Mitte,

*Kerstin Fremder Sauerbeck und Alexander
Benthin*

Antrag an die BMV Mitte am 6. April 2023

Antragstellerin: AG Frieden und Internationale Politik

Der Bezirksverband LINKEN Hamburg-Mitte macht sich den Ostermarsch-Aufruf der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte „Den Frieden gewinnen. Aufbruch für Abrüstung und globale Kooperation!“ zu eigen und mobilisiert damit nochmal offensiv über Ostern. (Aufruf im Anhang zu diesem Mitteilungsblatt)

Begründung:

Der Aufruf ist in seinen Kernaussagen für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Ukraine sowie die Wiederherstellung und Verwirklichung des Völkerrechts für dauerhaften Frieden in der Welt sehr überzeugend: „Wir brauchen eine grundsätzliche Wende hin zu einer strikt zivilen und international solidarischen Politik!“

Dafür lohnt es sich zu kämpfen und Ostermontag auf die Straße zu gehen.



Ostern raus gegen den Krieg: Friedensfest in St. Georg

Auch mehr als ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine erreichen uns tagtäglich Bilder dieses Krieges: Bomben auf Wohngebiete und Infrastruktur, ein grausamer Stellungskrieg um jeden Meter einer zerstörten Stadt. Der Frieden ist in der Ukraine genau wie in zahlreichen anderen Gebieten weltweit unter die Ketten der Panzer gekommen. Viele Menschen haben Angst, diese Konflikte könnten global eskalieren.

Zu Ostern trägt die deutsche Friedensbewegung traditionell ihre Forderungen nach einer waffenfreien, entmilitarisierten und friedlichen Welt auf die Straße und DIE LINKE ist mittendrin. An dieser Tradition wollen wir auch in diesem Jahr festhalten. Und zwar gemeinsam mit unseren Bündnispartner:innen VVN-BdA, DL21 und DFG-VK. Uns alle eint das Ziel einer Welt ohne Waffen, uns alle eint auch der Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus in allen seinen Formen. Gemeinsam haben wir unmittelbar nach Beginn von Putins Angriffskrieg vor dem russischen Generalkonsulat in Hamburg demonstriert, gemeinsam haben wir am gleichen Ort am 24. Februar

diesen Jahres „Stoppt das Töten in der Ukraine“ gefordert. Zugleich haben wir uns bei allen Aktivitäten klar abgegrenzt gegen Nazis, AfD, Reichsbürger, die Basis & Co. Für uns liegt auf der Hand, wer die Verantwortung am Töten in der Ukraine trägt: Es ist der Kreml. Und für uns liegt auch auf der Hand, wie dieser Krieg am schnellsten und wirksamsten beendet werden kann: über den Rückzug russischer Truppen aus den seit Kriegsbeginn besetzten Gebieten. Und für uns steht fest: Wir wollen eine starke Friedensbewegung mobilisieren, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung wendet, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch auch eine klare Kante gegen rechts zeigt.

Dafür wollen wir ein Friedensfest feiern – mit Musik, Kinderspielen, Leckereien und mit vielfältigen Redebeiträgen und zahlreichen Gästen. Und laden am **Ostermontag (10. April) von 15 bis 18 Uhr ein auf den Carl-von-Ossietzky-Platz in St. Georg.**

NSU-Komplex in Hamburg Kampf um Aufklärung

Am 30. März fand in der Aula der Max-Brauer-Schule auf Einladung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts eine gut besuchte Veranstaltung statt zum Thema „PUA jetzt! Hamburg braucht endlich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex in Hamburg“. Alle eingeladenen Vertreter:innen der Bürgerschaftsfraktionen sind tatsächlich gekommen: Kazim Abaci für die SPD, Dominik Lorenzen für die Grünen (er war kurzfristig für seine verhinderte Co-Vorsitzende Jenny Jasberg eingesprungen), Deniz Celik für die Linke und für das HBgR Felix Krebs.

Die Debatte über einen neuen Anlauf für einen PUA zum NSU-Komplex war im Herbst öffentlich neu aufgeflammt. Der erste Antrag, gestellt von der LINKEN, war Anfang 2016 von allen anderen Bürgerschaftsfraktionen einhellig abgelehnt worden. Die Angehörigen von Süleyman Taşköprü haben seither mehrfach und bis in die jüngst Zeit ihre Forderung nach einer vollständigen Aufklärung des Mordes, des staatlichen Totalversagens und der Rolle Hamburger Neonazis durch einen PUA bekräftigt. Deshalb konnte die Forderung nie ganz aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Im Mai 2021 haben die Grünen auf einer Mitgliederversammlung den Beschluss gefasst, sich für einen PUA „Rechte Netzwerke in Hamburg“ einzusetzen; bis vor kurzem waren allerdings keine Anstrengungen zu erkennen, die Worte in Taten umzusetzen. Die Linksfraktion hat dann im Sommer mit der Broschüre zum NSU-Komplex in Hamburg bis dahin öffentlich wenig oder gar nicht bekannte Fakten vorgelegt und die Notwendigkeit eines PUAs bekräftigt und auf zwei Veranstaltungen begründet. Ein ausführlicher Antrag zur Einrichtung eines PUAs mit 81 Fragen ist inzwischen eingereicht und wird am Donnerstag, den 13. April, in der Bürgerschaftssitzung diskutiert. (Die Debatte kann entweder live verfolgt werden oder am nächsten Tag in der Mediathek der Bürgerschaft aufgerufen werden.)

Die Medien, Mopo, taz und Abendblatt, begannen das Thema aufzugreifen. Allein die Mopo erschien in den letzten Wochen mit insgesamt drei großen Artikeln. Die Grünen wurden in der Koalition aktiv, zwischen den Regierungsfractionen eskalierte ein Streit. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Jasberg erklärte gegenüber dem Abendblatt vom 31.3. u.a.: „Als Fraktion sind wir grundsätzlich der Auffassung, dass es eine stärkere Untersuchung von Kontinuitäten rechten Terrors in Hamburg braucht“. In Sachen Aufklä-

rung hinke Hamburg „beschämend hinterher“. Und: „Dass es bisher keine parlamentarischen Mehrheiten für eine konsequente Aufklärung gegeben hat, bedauere ich. Es ist erschütternd, dass es hier seit vielen Jahren eine vehemente Ablehnung zur Einsetzung eines PUAs seitens der SPD und CDU gibt“ (dass die Grünen den PUA-Antrag ebenfalls abgelehnt hatten, wenn auch nicht „vehement“, war ihr in dem Moment wohl „entfallen“). Schließlich: „Klar ist: Das Thema NSU und Gefährdung durch rechten Terror muss in unserem Fokus bleiben, alleine schon aus Respekt vor den Angehörigen der Opfer und Menschen, die sich in unserer Stadt um ihre Sicherheit sorgen.“ Ihr Kollege von der SPD Dirk Kienscherf wies prompt die „Vorgehensweise und unhaltbaren Vorwürfe ... auf das Schärfste zurück“ und entblödete sich nicht, ihr vorzuwerfen, sie mache „Stimmung“ „ohne Rücksicht auf die Angehörigen (!) der Opfer des NSU“.



Blick in den Saal (Foto: Deniz Celik)

Der innenpolitische Sprecher der SPD Schumacher wird in der taz mit der Äußerung zitiert: „In Hamburg haben wir den NSU-Komplex im parlamentarischen Kontrollgremium in 15 Sitzungen und im Innenausschuss der Bürgerschaft mit 10 Sitzungen intensiv aufgearbeitet.“ Ich muss sa-

gen, an eine „intensive Aufarbeitung“ im Ausschuss durch die SPD (oder auch CDU, FDP und AfD) kann ich mich nicht erinnern und lässt sich auch in den Protokollen nicht finden. Die Protokolle des Parlamentarischen Kontrollausschusses konnte ich nur im Nachhinein lesen - ich darf über den Inhalt öffentlich nichts sagen, aber ich könnte auch nichts darüber sagen, denn halbwegs nennenswerte Ergebnisse der behaupteten „intensiven Aufarbeitung“ habe ich darin an keiner einzigen Stelle gefunden.



Moderatorin Anke vom HBgR und Deniz (Foto)

Auf der Podiumsdiskussion wiederholte Kazim Abaci die Behauptungen. Und auch die Behauptung, die seitens der Behörden immer wieder angeführt worden ist: Da die NSU-Untersuchungsausschüsse im Bund und in den anderen Tatortländern die Akten aus Hamburg ja gekannt, aber zu Hamburg nichts gesagt hätten, könne man davon ausgehen, dass es auch nichts zu sagen

und aufzuklären gebe. Die SPD, so Abaci zusammenfassend, sehe nicht die Notwendigkeit eines PUA und würde einem solchen Antrag auch nicht zustimmen. Man sei jedoch bereit, die Akten „der Wissenschaft“ zur Aufarbeitung zu übergeben - als ob eine - sicher wünschenswerte - wissenschaftliche Befassung mit den Akten die Aufgaben einer parlamentarischen Kontrolle der Exekutive ersetzen könne.

Dominik Lorenzen erklärte zwar mehrfach, dass die Grünen die Aufarbeitung rechter Netzwerke in Hamburg und des NSU-Komplexes durch einen PUA für richtig halten und die Hartnäckigkeit der Linken respektieren, dem Antrag aber nicht zustimmen und einen Koalitionsbruch nicht in Kauf nehmen würden. Es werde einen „Zusatzantrag“ geben - „Zusatzanträge“ der Regierungsfractionen zu Anträgen der Opposition sind in der Regel Anträge, die das eigentliche Anliegen aufheben und durch ein eher gegenteiliges Anliegen ersetzen. Ob sich die Regierungsfractionen auf einen Zusatzantrag - und was der dann letztlich beinhalten soll - verständigen können, wurde allerdings nicht klar.

Dass Deniz Celik und Felix Krebs entschieden und mit vielen guten Argumenten für den Untersuchungsausschuss stritten, muss hier nicht ausgeführt werden. Inzwischen hat auch die türkische Gemeinde, die nach anfänglichem Engagement lange Jahre zum Thema geschwiegen hat, die Forderung nach einem PUA erhoben. Auch wenn der Antrag der Linken erneut scheitern sollte, werden wir die Frage spätestens zu den nächsten Bürgerschaftswahlen wieder auf die Tagesordnung setzen. Dafür setze ich mich jedenfalls ein, und ich hoffe, wir haben in Mitte bis dahin einen Bezirksvorstand, der nicht nur großsprecherische, aber folgenlose Ankündigungen macht (man werde den Kampf für einen NSU-PUA zu einem Schwerpunkt in Mitte machen, hatte er bei seiner Wahl verkündet), sondern tatsächlich Politik.

Christiane Schneider

Frieden und Antifaschismus nicht gegeneinander ausspielen! oder: Eine kritische Stellungnahme zum Hamburger Ostermarsch



In unserem Erfurter Parteiprogramm steht es: „Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE“* und ein paar Seiten weiter heißt es: „DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei“ (S. 69). Wir alle haben das Parteiprogramm schon in den Händen gehalten und wir alle identifizieren uns mit den genannten Positionen. Wir alle sind Antifaschist*innen und gegen jeden Krieg. Überall.

Neben diesen beiden zitierten Seiten finden sich an etlichen anderen Stellen Ausführungen und Positionierungen gegen Faschismus und Krieg. Es scheint also – erst einmal – kaum vorstellbar, dass sich zwischen aktivem Antifaschismus und dem Engagement gegen Krieg Spannungen aufbauen. Es scheint schwer vorstellbar, dass es wegen Positionen zum Kampf gegen alle „extrem rechten, rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien, Parteien und Bewegungen“ (S. 54) und Positionen „für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg“ (S. 7) einer Stellungnahme bedarf. Denn: Krieg und Faschismus hängen eng zusammen! Uns ist allen klar, dass der Zweite Weltkrieg, der noch nie dagewesenes Elend und unvergleichbares Leid über die Menschheit gebracht hat, ein direktes Resultat des deutschen Faschismus, seiner Ideologie und seines Wesens war. Dies macht eine antifaschistische Grundhaltung verpflichtend, gerade wenn man sich für Frieden einsetzt. Es scheint demnach nur schwer vorstellbar, aber tatsächlich muss sich im folgenden Text mit dem Spannungsfeld von antifaschistischer Arbeit und der

Friedensbewegung, wie sie in Hamburg in Erscheinung tritt, befasst werden.

Beim diesjährigen Hamburger Ostermarsch tritt das Hamburger Forum als veranstaltende Gruppierung auf. Auf seiner Homepage erklärt es, dass es den Ostermarsch 2023 vorbereitet (<https://www.hamburgerforum.org/seite/375054/veranstaltungen-und-aktionen-des-forums.html>). Ebenso erscheint es auf der Seite des Netzwerks Friedenskooperative, auf der sämtliche Ostermärsche in Deutschland aufgeführt werden, unter dem Aufruf zum Hamburger Ostermarsch als einzige Kontaktmöglichkeit (<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2023/aufrufe/hamburg>). Ostermärsche finden seit Jahrzehnten statt und man darf sicher behaupten, dass diese jährlich stattfindenden Demonstrationen zu den größten und bedeutendsten Veranstaltungen der Friedensbewegung zählen. Ein klassischer Teil der deutschen Friedensbewegung also – und eben auch eine politische Strömung, die durch das Erfurter Programm DER LINKEN gedeckt scheint.

Das Hamburger Forum tritt aber noch an anderen Stellen in Erscheinung: Beispielsweise wäre die Demonstration zum Antikriegstag in Hamburg am 01.09.2022 zu nennen. Auf der Demonstration wurden Personen aus dem Querdenker*innen-Milieu und sowie bekannte Verschwörungsideolog*innen mit einem eigenen Transparent geduldet. Darüber hinaus konnte ein rechter YouTuber auf der Demonstration ungestört filmen (https://twitter.com/antira_infohh/status/1565461356131893248). Diese Vorwürfe belegt auch ein offener Brief des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (<https://www.keine-stimme-den-nazis.org/aktuelle-meldungen/7368-offener-brief-notwendige-abgrenzung-gegen-rechts-deutlich-machen>). Das Hofieren von mindestens rechtsoffenen Personen aus dem Milieu der Hamburger Kunsthallendemos erweist sich auf den Veranstaltungen des Hamburger Forums als Kontinuität. Einen Monat nach dem Antikriegstag organisierte das Hamburger Forum eine weitere Demonstration, an welchem die verschwörungsideologische Partei „die Basis“ mit einem eigenen Banner teilnehmen durfte und dabei sogar vom Veranstalter per Lautsprecheransage begrüßt wurde. Nur wenige Wochen später rief das Hamburger Forum zur Demo „Frieden! Abrüstung! Kein Wirtschaftskrieg“ auf, auf welcher Antira Info Hamburg eine Relativierung des deutschen Faschismus dokumentierte (https://twitter.com/antira_infohh/status/1584263961083793408). Die Häufung solcher Vorfälle geht mit einem

Querfront-Vorwurf gegenüber dem Hamburger Forum einher, welchen dieses stets von sich weist. In den dazugehörigen Stellungnahmen wird sich keineswegs konstruktiv mit den erhobenen Vorwürfen auseinandergesetzt. Stattdessen wird in einer Stellungnahme darauf verwiesen, dass z.B. das Plakat der Basis auf der Demonstration im Oktober weder „rassistisch, militaristisch oder antisemitisch“ war – die sonstigen Auftritte der Basis und das Umfeld, aus dem die Partei entstanden ist, werden leider nicht thematisiert.

(https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/ff0c0fe2f571aec46e7681fcd1046fde186743/zur_querfrontkampagne_in_hamburg.pdf). Die Tatsache, dass auf den Veranstaltungen der Querdenker*innenszene (wozu auch die Basis gehört) regelmäßig antisemitische und NS-relativierende Symboliken geduldet werden und überregional bekannte Neonazis mitlaufen können, wird nicht aufgegriffen.

Schließlich trat das Hamburger Forum auch auf der Demonstration „Solidarisch aus der Krise“ am 29.10.2022 in Hamburg auf. Das Zeigen ihres Banners wurde von der Demo-Leitung dort geduldet, auch wenn der Hamburger Forum kein offizieller Bündnispartner war. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich antifaschistische Gruppen daraufhin von der Demonstration distanzieren haben („Anarchistische Gruppe Lübeck“,

https://twitter.com/anarchie_hl/status/1586369759003566088) oder die Veranstaltung verließen („Schwarz-Roter 1. Mai“, <https://de.indymedia.org/node/238231>).

Aus den geschilderten Vorkommnissen lassen sich zwei Kernprobleme erkennen. Erstens: Das Hamburger Forum bietet rechtsoffenen Verschwörungsideolog*innen eine Bühne. Positionen zum Frieden, beachtet man die Korrelation von Faschismus und Zweitem Weltkrieg, weichen so auf. Denn mit Rechten gibt es keinen Frieden! Somit kann auch DIE LINKE ihrem Anspruch, Friedenspartei zu sein, nicht ernsthaft genügen, wenn sie an Demonstrationen teilnimmt, auf denen auch rechtsoffene Gruppen mit eigenen Bannern geduldet werden. Zweitens: Zivilgesellschaftliche Gruppierungen (dazu gehört als außerparlamentarische Gruppe eben auch der zitierte „Schwarz-Rote 1. Mai“ und andere antifaschistische Gruppen) wenden sich von gemeinsamen Bündnissen und Aktionen ab. Konkret war dies auf der „Solidarisch aus der Krise“ Demo im letzten Herbst zu beobachten: Eine antifaschistische außerparlamentarische linke Gruppe verlässt eine Demonstration, zu der DIE LINKE mobilisiert und aufgerufen hat. Hier geht es nicht um Wähler*innenstimmen: DIE LINKE verspielt sich eine Möglichkeit, mit Akteur*innen aus der

Gesellschaft emanzipatorische Politik weiter voranzubringen. Diese beiden Probleme skizzieren damit einerseits, dass sich DIE LINKE nicht so als Partei gerecht wird, wie sie es eigentlich könnte, und dass sie andererseits auch ihre antifaschistischen Bündnispartner*innen vernachlässigt. Damit entgeht ihr die Chance, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch politisch Einfluss zu nehmen – und schließlich eine „bessere Gesellschaft“ (S. 72ff) zu verwirklichen.

Es bleibt abzuwarten, wie es bei künftigen Veranstaltungen des Hamburger Forums und beim Hamburger Ostermarsch weitergeht. Dabei ist klar, dass sich zu großen Bündnisdemonstrationen immer wieder Einzelpersonen verirren können, die unser linkes Weltbild nicht teilen und/oder sogar dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Es ist auch klar, dass diese Personen oftmals nur schwer ausgemacht werden können. Die in diesem Artikel beschriebenen Vorfälle gehen aber weit über das Auftreten von (unbekannten) Einzelpersonen hinaus und erfordern eine Distanzierung, Reflexion und Aufarbeitung seitens des Hamburger Forums. Solange dies nicht geschieht und Parteien wie die Basis willkommen geheißen werden, werden auch zukünftige Veranstaltungen weiterhin Personen aus dem verschwörungsideologischen und rechtsoffenen Spektrum anziehen, womit die Chance auf eine (dringend notwendige) geschlossene und solidarische Friedensbewegung von Links verspielt wird.

Die Gruppe LinksAktiv Hamburg Mitte wird auf dem Hamburger Ostermarsch nicht in Erscheinung treten. Im Gegenteil: Wir nutzen unsere Zeit und unsere Energie (übrigens ganz im Sinne unseres Parteiprogramms) für den „Kampf gegen antidemokratische Positionen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus [...] und gegen Kriegstreiberei“ verbunden mit „einem gelebten Antifaschismus“ (S. 10) an anderer Stelle und immer dann, wenn es uns braucht! Unsere Haltung als Friedenspartei darf nicht dazu führen, dass wir unsere Haltung gegenüber Faschist*innen aufweichen! Und das können wir beim Hamburger Ostermarsch aktuell leider so nicht sehen.

Emanuel Hofmann, Hendrik Heidbüchel und Nora Stärz für LinksAktiv Hamburg Mitte

* https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_format/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011_druckfassung2020.pdf, S. 54. Die folgenden reinen Seitangaben in diesem Text beziehen sich alle auf diesen Link.

Tarifrunde Öffentlicher Dienst - Zusammen geht mehr!

Seit dem 16.2. hatte die Gewerkschaft **ver.di** ihre Beschäftigtengruppen, für die sie die Gehaltstari- fe verhandeln, gemeinsam zu Warnstreiks aufge- rufen.

Den Anfang machten in Hamburg die Beschäftig- ten der Bundesbehörden, wie das Bundesamt für Hydrografie, die Agentur für Arbeit, Hamburg Port Authority (HPA) und auch die HADAG (keine Fäh- re ging mehr). Am Tag darauf ruhte zum ersten Mal - seit Jahren - wieder der Flughafen durch Streiks in verschiedenen Bodenverkehrsbetrieben und der Flughafenfeuerwehr.

Am 8. März folgten ca. 2800 Beschäftigte aus den erzieherischen Berufen - vor allem aus den städ- tischen Kitas der "Elbkinder".



Der Warnstreik der Krankenhausbeschäftigten am 15. und 16.3. stand unter dem Motto "Ge- sundheit ist Gold wert - und wir sind es auch". Konkret aufgerufen waren unter anderem die Be- schäftigten der Asklepios-Kliniken, des Westklini- kums Hamburg, des Universitätsklinikums Ham- burg Eppendorf (UKE) und der Schön-Klinik. Am 23. waren wieder die Beschäftigten der Elb- kinder, der Müllabfuhr, der HPA und die Lotsen- betriebe im Ausstand. 6.000 Beschäftigte beteilig- ten sich - davon folgten der **ver.di**-Kundgebung auf dem Rathausmarkt rund 5000 Kolleginnen. Für den 27.3. hatten **ver.di** und die **EVG (Eisen- bahner- und Verkehrsgewerkschaft** - die sich auch in Tarifverhandlungen befinden) zu einem bundesweiten **Mobilitätsausstand** aufgerufen. Die Arbeitgeber tobten und beschworen einen "Show-down" für alle Verkehrsbereiche. In Ham- burg betraf es den Flughafen, den S- und Fern- Bahn-Verkehr. Die Gewerkschaft forderte "Mobili- tät ist systemrelevant" – und das müsse sich auch in einem "verhandlungsfähigen Angebot" der Ar- beitgeber widerspiegeln. Stattdessen ließen sie ihrer Hetze freien Lauf: "Dieser Tag kommt uns noch teuer zu stehen.

Der Ausstand habe jedes vorstellbare und ver- tretbare Maß" gesprengt. Die BürgerInnen reagierten gelassener: Sie hat- ten sich vielerorts auf die Einschränkungen ein- gestellt.



Stimmen der Streikenden:

"Wir kämpfen um mehr Geld, um Anerkennung, aber auch gegen den Fachkräftemangel. Überall fehlen Leute - im Service, in der Beratung. Die Azubis gehen lieber in die sogenannte "freie" Wirtschaft, die besser bezahlen."

"Das Krankenpflegepersonal streikt auch für mehr Personal, da für die mitgearbeitet werden muss, die nicht mehr da sind."

Die Personalnot im Öffentlichen Dienst ist überall groß. Schon jetzt sind bundesweit über 300.000 Stellen unbesetzt. In den nächsten 10 Jahren müssen 1,4 Mio. Stellen neu besetzt werden, da die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Dem versuchen die Verantwortlichen in der Ver- waltung und Politik mit einer Digitalisierungsof- fensive entgegenzusteuern (z.B. alle Anträge und Anfragen nur noch digital zu stellen). In den Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen lassen sich so Personalprobleme aber nicht lösen!

Der Öffentliche Dienst muss attraktiver werden: das geht auch mit guten Löhnen und Gehältern - aber auch die Arbeitsbedingungen müssen sich verändern!

Was fordern die Gewerkschaften der Öffentli- chen Dienste nun eigentlich so "Unmögli- ches"?

Für die 2,5 Millionen Beschäftigten des Öffentli- chen Dienstes des Bundes und der Kommunen (nicht die Hamburger Behörden - die haben den Tarifvertrag Länder, TV-L) und der Bereiche, die sich an dem Tarifvertrag orientieren:

10,5 % mehr Lohn - mindestens aber 500 Euro im Monat (Laufzeit ein Jahr)

In der 3. Verhandlungsrunde vom 27. bis 29.3. enttäuschten die Arbeitgeber, obwohl auf den ersten Blick deren Angebot überlegenswert klingt: 8 % bei einem Mindestbetrag von 300 Euro sowie steuerfreie Einmalzahlungen von insgesamt 3.000 Euro. Ich höre Euch Genossinnen schon sagen - "die hätten wir auch gerne mal". Das ist jedoch eine Mogelpackung:

Denn der Vorschlag bezieht sich nicht auf 12, sondern auf 24 Monate. Umgerechnet liegt der anvisierte Mindestbetrag für 2023 nicht bei 300, sondern nur knapp 212 Euro - die Inflationsausgleichsprämie sogar schon mit eingerechnet. Das ist nicht einmal die Hälfte der 500 Euro, die die Gewerkschaften gefordert haben.

Konnte man doch gerade in den Redebeiträgen der Flughafenbeschäftigten hören, dass gerade mal der Mindestlohn von 12 Euro gezahlt wird (1.992 Euro brutto monatlich - netto bei Ledigen dann 1.461 Euro!)



Angesichts der dramatisch angestiegenen Lebenshaltungskosten ist es nachvollziehbar, dass die Gewerkschaften sich jetzt damit nicht abfinden wollen - und ebenso wie die Arbeitgeber die Verhandlungen für gescheitert erklärten.

Aus dem Verdi-Flugblatt zu den Ergebnissen:

Was ist eine Schlichtung?

Mit der Schlichtung wird versucht, auf dem Verhandlungsweg doch noch ein Ergebnis zu erzielen. Dafür wird eine Schlichtungskommission eingesetzt. Sie besteht aus 12 Vertreter*innen aus den Gewerkschaften und 12 Vertreter*innen der Arbeitgeberseite.

Wer sitzt in der Schlichtungskommission für die Gewerkschaften?

Die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst hat

ihre Mitglieder der Schlichtungskommission gewählt. Hauptamtlich begleiten die Verhandlungen die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und der Leiter des ver.di-Bereichs Tarifpolitik öffentlicher Dienst. Für ver.di sitzen ehrenamtliche Kolleg*innen in der Schlichtungskommission. Sie kommen aus den Bereichen Versorgung, Entsorgung, Verwaltung, Sozial- und Erziehungsdienst, ÖPNV, Krankenhäuser und der Jugend.



Kein Streik

Während der Schlichtung gilt die Friedenspflicht. Das bedeutet, dass es bis zum Ende der Verhandlungen über das Schlichtungsergebnis keine Streiks im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen geben wird.

Die ver.di-Mitglieder werden in jedem Fall zu einem Tarifergebnis befragt. Egal, ob es über die Schlichtung, durch Verhandlung oder nach einem Erzwingungsstreik zustande kommt. Abstimmen können übrigens auch die ver.di-Mitglieder, die ganz neu dabei sind.

ver.di und die Arbeitgeber bestimmen je einen unparteiischen SchlichterIn. Die SchlichterInnen wechseln sich von Schlichtung zu Schlichtung im Vorsitz der Verhandlungen ab. In dieser Tarifrunde übernimmt der von ver.di berufene Schlichter den Vorsitz, er ist damit stimmberechtigt. Bei einem Patt in der Schlichtungskommission gibt seine Stimme den Ausschlag. Am Ende gibt die Schlichtungskommission eine Einigungsempfehlung ab. Über diese Einigungsempfehlung verhandeln ver.di und die Arbeitgeber dann erneut ...

Verena Brachvogel, (auch Fotos)

Bei anderen gelesen:

Newroz-Empfang im Hamburger Rathaus

Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat am Sonntag (19.3. -red) zum traditionellen Newroz-Empfang geladen. Seit 2014 lädt die Hamburger Linke Bürgerinnen und Bürger aller Nationen an Newroz in den Festsaal des Rathauses ein, um gemeinsam das Widerstands- und Neujahrsfest zu begehen.

Eröffnet wurde die diesjährige Veranstaltung durch eine Rede von Sabine Boeddinghaus, der Ko-Vorsitzenden der Linksfraktion in Hamburg, die die Gäste begrüßte. Im Anschluss sprach Cansu Özdemir, die sich mit Boeddinghaus den Fraktionsvorsitz teilt.

Cansu Özdemir erklärte den Hintergrund des Newroz-Festes. Dies habe auch eine politische Bedeutung, gerade in Nordkurdistan beziehungsweise in der Türkei. „Der junge Widerstandskämpfer Mazlum Dogan etwa verdeutlichte diese Bedeutung, als er am 21. März 1982 im Gefängnis in der kurdischen Stadt Amed aus Protest gegen die brutale Folter seine Zelle in Brand setzte und sich erhängte. Mit dieser Tat wollte er unter anderem auf die Missstände in den türkischen Gefängnissen aufmerksam machen. In den türkischen Gefängnissen wurde zu dieser Zeit von staatlicher Seite systematisch Folter angewandt“, so Özdemir.

„Ob der türkische Präsident Erdogan, das Mullah-Regime im Iran, oder die Taliban in Afghanistan – sie alle fühlen sich, wie einst der Tyrann Dehaq, unbesiegbar. Umso wichtiger ist es, die Widerstandskämpfe gegen diese Tyrannen zu unterstützen und die Menschen in ihrem hoffnungsvollen Kampf nicht alleine zu lassen“, fuhr sie fort.

Özdemir erinnerte auch an Jina Mahsa Amini, die im September in Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei zu Tode misshandelt wurde, und an Madschid-Resa Rahnaward, Mohsen Schekari, Mohammad Mehdi Karami und Seyed Mohammad Hosseini. Sie waren im Zuge der Revolte gegen den Mord an Amini festgenommen und später hingerichtet worden. Özdemir nannte auch die Namen von Evîn Goyî, Mîr Perwer und Abdurrahman Kızıl, die am 23. Dezember 2022 im kurdischen Kulturzentrum in Paris erschossen worden waren.

Die Vereinnahmung des Slogans der kurdischen Frauenbewegung „Jin, Jiyan, Azadî“ wurde von Özdemir kritisiert. „Wer das ernst meint, liefert keine Waffen an Diktatoren, die sich dann wieder

gegen die richten, die für Jin, Jiyan, Azadî ihr Leben aufs Spiel setzen“, so die Politikerin.



Blick in den Festsaal, Foto: DIE LINKE

Die kurdische Musikgruppe Cooltur spielte einige Stücke und auch sie erinnerte an die Ermordeten von Paris.

Nach dem Auftritt von Cooltur ergriff die Bundespartei-vorsitzende der Linken, Janine Wissler, das Wort. Sie berichtete von ihrer Reise nach Amed (Diyarbakir) Anfang Februar, wo sie Gespräche mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen geführt hatte, um sich ein Bild von der politischen und menschenrechtlichen Lage zu machen. Auf dem Plan stand auch ein Aufenthalt in Ankara, wo Wissler das sogenannte „Kobanê-Verfahren“ gegen 108 Persönlichkeiten aus der kurdischen Politik beobachten wollte. Doch zu der Reise kam es nicht: Wissler erlebte das Erdbeben in Amed vor Ort mit. Und sie wurde Zeugin dessen, dass die Opferzahl viel höher ausfiel, als sie hätte sein müssen, weil politische Fehlentscheidungen getroffen wurden.

Ein großes Buffet und Getränke wurden bereitgestellt und weitere Musikbeiträge, unter anderem eines Frauenchors und der Hamburger Shibly Band, folgten. Eine Aktivistin der kurdischen Rothalbmondorganisation Heyva Sor a Kurdistanê e.V. rief die Gäste zu Spenden auf. Es ginge nicht nur um Nothilfe, sondern auch darum, eine Perspektive für die Menschen in der Erdbebenregion zu schaffen.

Quelle: <https://anfdeutsch.com/aktuelles/newroz-empfang-im-hamburger-rathaus-36736>

(anf ist eine kurdische Nachrichtenagentur)

Anmerkung Besel: Der Festsaal im Rathaus war mit ca. 500 Menschen mehr als voll. Kommentar eines Gastes: Man könnte meinen, die LINKE sei eine beliebte Partei ...

In **St. Georg** gibt es seit ca. 40 Jahren einen Stadtteilbeirat, mit verschiedenen Bezeichnungen und Strukturen, aber immer gut besucht und sich aktiv einmischend in die (politischen) Projekte der jeweils Herrschenden. Ebendas missfällt der SPD schon länger, im Januar wurde mal eben im Hauptausschuss der Bezirksversammlung von der DeKo beschlossen, den bisherigen Beirat aufzulösen und einen neuen kleineren Beirat mit begrenzter Zuständigkeit zu installieren. Das rief erheblichen Protest im Stadtteil hervor, bis hin zu einer „Stadtteilversammlung“ mit ca. 120 BesucherInnen. Erster Erfolg: Anders als vorgesehen, wird der bisherige Beirat bzw. werden die interessierten AnwohnerInnen nunmehr doch beteiligt. Am Mittwoch, den 5. April, wird es eine Sitzung in Sachen Neustrukturierung des Beirats geben. Die Stadtteilgruppe verteilt dazu einen Flyer:

Einwohner:innen müssen demokratisch beteiligt werden!

Was im Bezirk Hamburg Nord gilt, muss als Mindeststandard auch für Hamburg Mitte gelten.

Heute soll hier über die „Neuausrichtung des Stadtteilbeirats St. Georg“ beraten werden. Immerhin. Im Januar waren im Hauptausschuss der Bezirksversammlung von der Deutschland-Koalition (SPD, CDU, FDP) mal eben die für das erste Halbjahr terminierten Sitzungen des Beirats gestrichen worden. Und die Lawaetz-Stiftung wurde beauftragt, ein neues Konzept für den Beirat zu erarbeiten. Ohne die bisherigen BeirätInnen und Gäste zu beteiligen. Das rief, wen wundert es, erheblichen Protest im Stadtteil hervor, bis hin zu einer Stadtteilversammlung am 22. Februar mit über 120 Beteiligten.

Jetzt haben die Bezirkspolitiker:innen der Koalition offenbar ein Einsehen. Immerhin zwei Stunden lang sollen Kritik und Ideen ausgetauscht werden. Ergebnisoffen?

Die Stadtteilgruppe der LINKEN hat den Beirat seit ihrer Gründung (den Beirat gibt es schon viel länger...) kritisch und konstruktiv begleitet. Und sich seiner Abschaffung, die immer mal wieder im Raume stand, entgegengestellt. Wir meinen, dass es sich um ein wirksames und sinnvolles Instrument demokratischer Beteiligung in Ergänzung zur parlamentarischen Ebene handelt.

Wir meinen, dass Stadtteilbeiräte Politikverdrossenheit entgegenwirken können, indem sie Planungsprozesse transparent machen und frühzeitige Einflussnahme ermöglichen. Demokratie lebt von Beteiligung möglichst aller!

Im Bezirk Hamburg Nord wurde vor wenigen Wochen beschlossen, die dortigen Beiräte in Ange-

legenheiten der Straßen- und Grünplanung zu „Trägern öffentlicher Belange“ zu erklären, die auf jeden Fall im Planverfahren zu beteiligen sind: Das muss auch in Mitte drin sein!

Wir fordern:

- den ursprünglichen Rhythmus von 10 (dann auch wieder „nur“ zweistündigen) Sitzungen pro Jahr wieder herzustellen. Natürlich begleitet von auskunftsfähigen Vertreter:innen der Bezirksverwaltung und mit professioneller Moderation.
- dass die im und für den Stadtteil aktiven Vereine und Institutionen wie bisher im Beirat vertreten sind.
- dass der Beirat wie bisher auch Themen aufgreifen kann, die über den engsten lokalen Tellerrand hinausreichen und sich mit Empfehlungen auch an andere Akteure als Bezirkspolitik und -verwaltung wenden kann.
- dass der zuständige Ausschuss der Bezirksversammlung sich mit den Empfehlungen des Beirats inhaltlich auseinandersetzen muss. „Kenntnisnahme“ ist keine inhaltliche Auseinandersetzung.
- dass die Beiräte im Haushalt der FHH mit einem festen Haushaltstitel versehen werden und dauerhaft eingerichtet bleiben.

Natürlich wollen wir, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen, also z.B. auch mehr Migrant:innen und Jugendliche sich beteiligen. Das ist allerdings nicht mit einer Verkleinerung und thematischen Begrenzung des Beirats zu erreichen.

Demokratie braucht Beteiligung, sie muss immer wieder erarbeitet werden.

Hamburgisches Wohnraumförderungsgesetz (HmbWoFG) richtig anwenden

Der Sinn und Zweck aus der Teleologie von § 1 HmbWoFG ließe Enteignungen gemäß Art. 14 II S.1., S.2, III S.1, S.2, S.3, S.4 GG ja durchaus zu. Es müsste hierfür nicht unbedingt ein Gesetz geändert werden. Fraglich wäre hierbei, ob der rot-grüne Senat in dem Wortlaut aus § 1 HmbWoFG unter „Maßnahmen“ auch eine Enteignung verstehen würde. Aufgrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in der hamburgischen Bürgerschaft ist zudem auch äußerst fraglich bzw. wäre es eher unwahrscheinlich, eine Enteignung von Grund, Boden, Gebäuden in der Bürgerschaft beschließen zu können. Allerdings wäre es der Linken als Opposition in Hamburg jederzeit möglich, sich dafür als Partei politisch stark zu machen. Sie kann auf Grundlage von § 1 HmbWoFG in Form von Anträgen, kleinen und großen Anfragen oder sogar einer aktuellen Stunde in der Bürgerschaft im Rathaus zum Thema „Maßnahmen der Enteignung zur Schaffung von angemessenem Wohnraum (Wohnraumförderung) fordern und auch durchsetzen.

Der Begriff „mit angemessenem Wohnraum“ aus § 1 HmbWoFG bezieht sich auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz aus Art. 20 III GG als ungeschriebenen Teil des Rechtsstaatsprinzips bei aus § 35 HambVwVFG von einer zuständigen Landesbehörde zu erlassenen Verwaltungsakten zur „Enteignung“. Natürlich würden jederzeit, wenn es dazu käme, die Betroffenen sich umgehend mit Hilfe von Anwälten dagegen wehren; aus Art. 19 IV GG und Widersprüche einlegen nach §§ 68, 70 VwGO.

Die Enteignungen durch zu erlassende Verwaltungsakte gem. § 35 HambVwVFG wären vorab sorgfältig unter dem Aspekt der „Angemessenheit“ auf Verhältnismäßigkeit gem. Art. 20 III GG zu prüfen. Angemessenheit ist dann anzunehmen, wenn die mit der Maßnahme verfolgten (legitimen) Ziele und die für den Betroffenen mit der Maßnahme verbundenen Beeinträchtigungen nicht vollkommen außer Verhältnis stehen und daher für den Betroffenen unzumutbar sind. Legitim ist der Zweck, wenn der Zweck auf das Allgemeinwohl gerichtet und erlaubt ist. Geeignet ist das Mittel, wenn es den angestrebten Zweck zumindest fördert. Erforderlich ist das Mittel, wenn kein milderes gleichermaßen effektives Mittel zur Verfügung steht. Hieraus müsste also folglich abzuleiten sein, dass unter den Begriff „Maßnahme“ aus § 1 HmbWoFG der Erlass von Verwal-

tungsakten aus § 35 HambVwVFG der zuständigen Landesbehörde fiele. Dieses muss angemessen erfolgen und erlassen werden. Entsprechende Flächen, Grundstücke und auch Gebäude, die leer stehen und zur Verfügung stünden sowie aus Art. 14 III S.1, S.2, S.3 GG in Frage kämen, wären demnach zu erfassen. Dieses ist vorab genauestens zu überprüfen, um eine legitime Enteignung aus § 1 HmbWoFG i.V.m. § 35 HambVfG vornehmen zu können. Zuvor sind aus § 28 HambVwVFG die Betroffenen anzuhören und auch zu entschädigen. Wenn dieses nicht eingehalten würde, stünde Hamburg eine Reihe von Klagen als Folgenbeseitigungsansprüche aus § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG bevor.

Lasst uns alle zuvor politisch beraten und einen einwandfreien Plan durch eine parteiinterne Arbeitsgruppe ausarbeiten als politisches Grundsatzzpapier der Linken in Hamburg und es auf einer der BMVs, BeVo-Sitzungen ruhig einmal diskutieren. Als Hauptgrund könnte ja politisch begründet werden, dass Hamburg kaum noch Bauland habe und die Flächen derart knapp sind, dass wir eben innerhalb der Linken nun auch über Enteignungen diskutieren müssen.

Dieses Thema geht ja noch sehr viel weiter. Die Zahl der Flüchtlinge steigt und steigt und somit auch die Bevölkerungszahlen in Hamburg. Es brauchen alle Menschen günstigen und ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum. In diesem Zusammenhang gehört auch das hamburgische Baurecht auf den Prüfstand. Es müssten auch wieder Hochhäuser errichtet werden, um diesen enormen Bedarf an sozialem Wohnraum abdecken zu können. Laut der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) müssten eben auch Hochhausbauten möglich sein. Denn diese sind ja schließlich gesetzlich nicht verboten. Die hamburgische Bebauung, bedarf eben zukünftig, aufgrund knappen Wohnraumes, erneut auch wieder neu zu errichtende Hochhausbauten, um dem Bedarf von schnell errichtetem und ausreichendem Wohnraum in Hamburg abdecken zu können.

Wir als Linke müssen voraus gehen und handeln und das Problem der Wohnraumknappheit nun auch versuchen zu lösen, mit allen rechtsstaatlichen zur Verfügung stehenden Mitteln.

R. Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 04.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 13.04., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Montag, 17.04., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 19.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 20.04., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Donnerstag, 20.04., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Achtung: Neuer Ort!

"**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126,
keine Haus-Nr. - Name steht über der Tür
hinter den neuen Räumen der Schule
Bei Nichtfinden Kontakt über 0176 - 54456958

Montag, 24.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelberg 20, Grieche „Kulinaria“

Do, 20.4. bis Mo, 8.5.:

Woche des Gedenkens in HH Mitte

2019 angestoßen von unserer Bezirksfraktion
Programm unter: <https://gedenken-hamburg-mitte.de/>

Mai 2023

Dienstag, 02.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 11.05., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 11.05., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Montag, 15.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelberg 20, Grieche „Kulinaria“

Mittwoch, 17.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt im April und Mai aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Den Frieden gewinnen. Aufbruch für Abrüstung und globale Kooperation!

Aufruf zum Hamburger Ostermarsch 2023

Es ist höchste Zeit Frieden zu schaffen!

Die als „Selbstverteidigung“ ausgerufene Hochrüstung ist perspektivlos und gefährlich, denn Waffen schaffen keinen Frieden und keine Sicherheit. Das hat der seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der russischen Truppen nun über ein Jahr eskalierende Krieg in der Ukraine gezeigt.

Waffen führen zu einer Eskalationsspirale und zu enormen Rückschlägen in der sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklung der Menschheit.

Nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet über Frieden in der Welt. Aus der Geschichte ist zu lernen, dass spätestens im nuklearen Zeitalter Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf. Denn jede Eskalation zwischen Großmächten kann schnell zu einem Weltkrieg und zum Anfang für ein Ende der Menschheitsgeschichte werden. Deshalb muss jetzt mit der Kriegslogik gebrochen werden!

Die humane Alternative ist mit dem Völkerrecht längst errungen und kann mit dem geschaffenen Reichtum weltweit realisiert werden. Damit die Waffen für immer schweigen, haben die Vereinten Nationen 1945 als Schlussfolgerung aus zwei Weltkriegen den Vorrang der Verständigung in jeder Situation festgelegt: „fest entschlossen [den] Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit [...] erneut zu bekräftigen, [...] [und die] Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, [...] um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern“ (Präambel der UN-Charta).

Die Durchsetzung dieser Ansprüche war von Anfang an umkämpft.

Noch während des Ratifizierungsprozesses vernichteten die Atombomben Hiroshima und Nagasaki, wiederum ist der Kampf für „Nuclear Disarmament“ bis heute eine globale Bewegung.

Die USA führten brutale Kriege in Südostasien, dagegen bildeten die Anti-Vietnam-Kriegs-Proteste den Ausgang für einen weltweiten Aufbruch für Frieden und sozialen Fortschritt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges eröffneten die ökonomisch kriselnden NATO-Staaten mit dem militärischen Angriff auf Jugoslawien und später dem „War on Terror“ eine neue Phase der Missachtung des Völkerrechts.



Heute meint auch Russland, sich über das Völkerrecht hinwegsetzen zu können.

Es ist unsere Angelegenheit, also die der Bevölkerungen, und hier speziell der internationalen Friedens- und Sozialbewegungen, der globalen Friedensordnung wieder eine neue Geltung zu verschaffen.

Der Vorschlag des brasilianischen Präsidenten, einen Friedensclub zu bilden oder die chinesische Friedensinitiative weisen einen Weg zur Rückkehr zur Diplomatie und friedlichem Interessenausgleich. Sie setzen Maßstäbe für eine Renaissance der Souveränität der Staaten und der entwicklungsorientierten Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung muss aufhören, diesen Aufbruch zu behindern, denn nicht die Entspannungspolitik, sondern die Machtpolitik ist gescheitert: Das Streben nach wirtschaftlicher und militärischer Dominanz verhindert tagtäglich die Lösung der drängenden Aufgaben, vor denen wir als Menschheit stehen.

Wir brauchen eine grundsätzliche Wende hin zu einer strikt zivilen und international solidarischen Politik!

Verständigung in Alltag und Politik lässt sich als leitendes Prinzip durchsetzen, wenn die schweigende Mehrheit aller Länder ihr Interesse am Frieden begründet artikuliert.



**In dem Bewusstsein,
dass insbesondere das politische Wirken in der Bundesrepublik
das weltweite Machtgefüge nachhaltig verändern kann,
rufen wir alle auf, zum Ostermarsch zu kommen!**

Gemeinsam wirken wir für:

- ▶ Den Stopp der Waffenlieferungen, sofortige Waffenruhe und Friedensverhandlungen für die Ukraine
- ▶ Die Schaffung einer neutralen, entmilitarisierten Zone sowie Wiederaufbau und Schuldenschnitt in der Ukraine
- ▶ Die Beendigung der aggressiven Sanktionspolitik gegen Russland und andere Staaten, die der Verwirklichung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte entgegensteht inklusive Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie- und Gasversorgung
- ▶ Die Umwidmung des 100-Milliarden-Sondervermögens der Bundeswehr für Investitionen in den Ausbau eines Sozial-, Kultur- und Bildungsstaates mit guten Arbeitsbedingungen und den sozial-ökologischen Umbau
- ▶ Den Stopp aller Rüstungs- und Waffenlieferungen aus dem Hamburger Hafen und deutschlandweit
- ▶ Den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag für die Abschaffung aller Atomwaffen
- ▶ Asyl für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Menschen aus allen Ländern als Schritt zur Wiederherstellung des umfassenden Rechts auf Asyl
- ▶ Eine kooperative Alltagskultur und Bildung und dafür insbesondere keine Werbung der Bundeswehr in den Schulen und eine Zivilklausel in den Hochschulen
- ▶ Völkerverständigung durch Städtepartnerschaften, Kultur- und Wissenschaftsaustausch gerade auch mit Russland, um die globalen Menschheitsprobleme gemeinsam zu lösen
- ▶ Eine multipolare Weltordnung souveräner Länder und eine nachhaltige Weltwirtschaft der gerechten Verteilung von Ressourcen und Reichtum



Ostermarsch 1960. Sternmarsch aus Hamburg und anderen Städten nach Bergen-Hohne

Ostermarsch

**Montag, 10. April 2023,
13 Uhr Kundgebung,
Reeperbahn (U-Bahn St. Pauli)**

**Abschlusskundgebung
15 Uhr auf dem Fischmarkt**



AK Friedenswissenschaft
HAW Hamburg



Alevitische Gemeinde
Hamburg e.V.

CampusGRÜN
Uni Hamburg

DIE LINKE.
AG Frieden und Internationale Politik

AKS HAMBURG
ARBEITSKREIS KRITISCHE SOZIALE ARBEIT HAMBURG

Hamburg
linksjugend
[solid] 
sozialistisch links demokratisch